

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonelzeile für Arbeitslosmachung 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Arbeiterstolz.

Wie äußerlich sind doch die Menschen oft! Vor dem Reichtum an zufälligen Gütern des Lebens, vor der hohen Kunst beugen sie das Knie, nicht weil sie glauben, daß eigene Tüchtigkeit oder doch weiterwirkendes Verdienst der Vorfahren den betreffenden Menschen emporgehoben über die Menge, sondern weil sie das äußere Glück, den glänzenden Schein verehren und nicht auf den inneren Charakter sehen.

Sollen wir den Einfichtlosen folgen? Sollen wir auch dem hohen Höhen dieser Welt unsere Anbetung darbringen, sollen wir das bewundern und beneiden, was wir nicht besitzen, und was zu erwerben vielleicht niemals in unserer Macht stehen wird?

Erstreben wir, was wir erringen können, und verehren wir, was der Verehrung restlos würdig ist. Wenn wir auch nur wenige äußere Güter besitzen, so können wir doch reich sein: Unser Reichtum ist unsere Persönlichkeit. Ein Philosoph des Altertums sagte: „All mein Gut trage ich bei mir.“ Die wahren Güter der Menschen liegen in seiner Seele.

Wenn wir unsere Pflicht als Arbeiter erfüllen, wer will uns dann verwehren, daß wir stolz unser Haupt erheben? Seines Fleisches kann sich jedermann rühmen, und auf seine Pflichterfüllung darf und soll jeder stolz sein. — Und auch äußeren Reichtum haben wir, den wir gegen nichts anderes eintauschen wollen: das ist unser guter Name. Wir arbeiten, und solange wir unsere Pflicht erfüllen, soll unser Stolz darauf nicht aus unserem Herzen schwinden.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

An dem Bilde, welches das Wirtschaftsjahr 1912 bot, sind mit Recht eine Anzahl Züge von auffallender Gegensätzlichkeit hervorgehoben worden. Nach der Seite der Produktion hat es, wie die Berliner Handelskammer in ihrem Jahresbericht hervorhob, die drei vorangehenden Jahre, die bereits einen stetigen Fortschritt aufgewiesen hatten, auf den meisten Gebieten überholt:

„Sieht man von dem Baugewerbe und den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Branchen ab, so darf man sagen, daß die Aufwärtsbewegung, die sich im Jahre 1912 vollzog, eine allgemeine war, und daß, wenn trotzdem einzelne Betriebe von dem Aufschwung unberührt blieben, dies auf besondere Umstände zurückzuführen ist, die für das Gesamturteil nicht in Betracht kommen.“

Ein Jahr der Hochkonjunktur für alle Zweige der Volkswirtschaft war 1912 nicht. Die vielen und starken Spannungen internationaler Art (Tripolisstreit, Balkanfrage, teilweise Mobilmachung in Rußland und Oesterreich) führten zu wiederholten, sehr empfindlichen Störungen des Geldmarktes und im Zusammenhang mit beiden Erscheinungen zu Abschwüngen, Zurückstellen von Aufträgen und Kreditverzerrungen. Darunter hatten, neben dem Baugewerbe, verschiedene Zweige der Fertigwarenindustrie zu leiden. So kam es, daß der Arbeitsmarkt durchaus keinen gleichmäßig günstigen Stand als das Vorjahr aufwies; im Gegenteil, in den meisten Monaten war das Angebot an Arbeitskräften, wenn auch nicht wesentlich, größer als im Vorjahre. Die Lohnkurve vermachte sich denn auch nicht besonders stark zu heben, was um so unangenehmer empfunden werden mußte, als die Preise der wichtigsten Lebensmittel sich hartnäckig auf ihrem hohen Stande hielten.

Diese Vorgänge sind natürlich an der Gewerkschaftsbewegung nicht spurlos vorbeigegangen; sie machten sich vielmehr in der Mitgliederbewegung hemmend bemerkbar. Der gewerkschaftliche Vormarsch auf dem Gebiete der Mitgliederentwicklung war allgemein in 1912 ein langsamerer als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Zu diesen nicht sehr günstigen allgemeinen Merkmalen traten für die christlichen Gewerkschaften noch besondere Umstände, die sich ihrer Vorwärtsentwicklung vorübergehend hindernd in den Weg stellten. Wir nennen: Reichstagswahl, Ruhrbergarbeiterstreik, Gewerkschaftstreik.

Der Anfang 1912 getätigten Reichstagswahl ist eine mehrjährige, heftige und laute Agitation vorausgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben sich dabei in einer Weise gegenseitig zerfleischt, wie das bei früheren Wahlkämpfen fast nie zu beobachten war. Das Ergebnis des Kampfes war denn auch, daß fast der gesamte Zuwachs an Stimmen seit der Reichstagswahl von 1907 in 1912 der Sozialdemokratie zugefallen ist. Diese hat dann den Wahlausgang entsprechend geizert und agitatorisch auszunutzen versucht. Daß eine Situation, bei der durch politische Vorgänge der Sozialdemokratie die Säulen in die Kniee gesagt wurden, der nichtsozialdemokratischen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht sehr günstig ist, ist selbstverständlich. In diesem Siegessturm auf der einen und der allgemeinen Verärgerung auf der anderen Seite war es Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, innerhalb der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft der gewerkschaftlichen Wirklichkeit wieder einen angemessenen Platz zu verschaffen, was durch eine Anzahl Konferenzen und Versammlungen bewerkstelligt wurde.

Der Reichstagswahlkampf war kaum vorüber und es begann der Ruhrbergarbeiterstreik. Dieser und die soeben besendete Krefelder Färberbewegung lassen die Gewissenhaftigkeit sozialdemokratischer Führer und die sozialdemokratische Streikstrategie in keinem vorteilhaften Lichte erscheinen. Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau zählt zu den kapitalträchtigsten Industrien Deutschlands. Mit gelegentlichen Streiks von oherzehntägiger oder von dreiwöchiger Dauer sind die Kohlenmagazinen an der Ruhr nicht zu Zugeständnissen an die Arbeiter zu bewegen. Mit dem Kasseebestand von wenigen Millionen Mark, über die sämtliche Bergarbeiterorganisationen Anfang 1912 verfügten, kam bei einer Belegschaft von 360 000 Mann im Ruhrrevier kein Streik mit größeren Erfolgserwartungen begonnen werden. Der Ruhrbergarbeiterstreik war denn auch verpöndelt, bevor er proklamiert war. Er wuchs sich auf Weite des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zu einem Kampfe von Arbeitern gegen Arbeiter aus, in einer Industrie, in der die Unternehmer es am allerwenigsten verdienen, solche Schauspiele aufgeführt zu bekommen. Nachdem die Voraussetzungen zu einem erfolgreich durchzuführenden Streik fehlten, war es Pflicht jeder gewissenhaften Organisationsleitung, alle anderen Möglichkeiten auszunutzen, um für die Bergarbeiter herauszuholen was möglich war. Und nach dieser Richtung hin muß festgehalten werden: Noch nie war die Situation, für die Ruhrbergleute

ohne Streik Lohnherdhungen durchzuführen.

günstiger als im Frühjahr 1912. Die Löhne im Ruhrbergbau standen Ende 1911 tiefer als in 1907; die englischen und belgischen Bergarbeiter beanden sich im Auslande; das Kohlenhandelskapital hatte zum 1. April 1912 eine Preiserhöhung beschlossen. Dazu kam noch der Umstand, daß in den Monaten März und April die beiden Parlamente (Reichstag und preussisches Abgeordnetenhaus) versammelt waren und die Reichsregierung sich bereits zu Vermittlungen erdbig gemacht hatte. So hätte 1912 genau wie bei den Kämpfen um den Brannsbearbeitersnackpreis und das Knappheitsstatut, bei denen beachtenswerte Teilerfolge erzielt wurden, sich ohne Streik manchen durchsetzen lassen. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hatte es anders beschloßen. Für sein Verhalten gibt es nur drei Möglichkeiten: der Streik wurde inszeniert entweder aus politischer Verärgerung über die sozialdemokratischen Niederlagen bei der Reichstagswahl in Bochum und Duisburg, oder es bestanden seitens des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes feste Verabredungen mit den englischen Bergarbeitern, oder aber man glaubte durch einen Streik den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter aufzuweisen zu können. Das letztere ist freilich nicht gelungen. Ob man sich im sozialdemokratischen Lager dazu bequemen wird, aus solchen Geschehnissen etwas zu lernen? Ueberall, wo man in den letzten Jahren sozialdemokratisches Gerede glaubte, über den Kopf der christlichen Gewerkschaften hinweg und gegen deren Einverständnis Streiks inszenieren zu sollen, ist man ebenbürtig hereingefallen: beim Köhler Holzarbeiterstreik, beim Ruhrbergarbeiterstreik, bei der Krefelder Färber- und bei der Emdener Hafenarbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer sind keine verweichlichten, entnervten Jammermenschen, die in entscheidenden Situationen, ähnlich wie ein schwankendes Rohr, sich hin- und herreiben lassen. Diesen Umstand werden zweifelsmäßig die sozialdemokratischen Gewerkschaften bei ihren künftigen Kalkulationen, insbesondere bei Kämpfen, die offensichtlich und in erster Linie gegen die christlichen Gewerkschaften selbst gerichtet sind, mit in Rechnung setzen müssen. Die christlichen Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, selbst wenn dadurch und durch das Geschrei der sozialdemokratischen Presse in den Kreisen der unaufgeklärten, unorganisierten Arbeiter vorübergehend die Agitation etwas erschwert werden sollte. Ob die christlichen Gewerkschaften in einem Jahre 10 000 oder 20 000 Mitglieder mehr oder weniger zählen, ist für deren Zukunft nicht in dem Maße entscheidend wie die Tatsache, daß sie sich nicht wider ihre Ueberzeugung zum Spielball einer kampflosen sozialdemokratischen Streiktaktik gebrauchen lassen dürfen.

Weiter war das ganze Berichtsjahr ausgefüllt mit dem Gewerkschaftstreik im katholischen Lager.

In der zweiten Hälfte von 1911 und der ersten Hälfte von 1912 löste, meist in ausländischen Blättern, eine Notiz die andere ab in der Andeutung, daß ein päpstliches Verbot der christlichen Gewerkschaften bevorstehe. Die sozialdemokratische und geistesverwandte Presse Deutschlands griff diese Nachrichten der Auslandspresse immer gierig auf und verfolgte dabei einen doppelten Zweck: einmal sollten die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in ständige Unruhe versetzt, und dann das Mißtrauen im evangelischen Volksteil gegen die christlichen Gewerkschaften nachgehalten und womöglich verstärkt werden. Ende Mai wurden dann die bekannten Bismarcktelegramme an die Tagungen des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine in Frankfurt und des „Berliner“ Arbeitervereinsverbandes in Berlin bekannt, die mehrere Wochen lang in der gesamten Tagespresse ausgiebig besprochen wurden, bis endlich im November die päpstliche Enzyklika erschien und auf dem außerordentlichen öffentlichen Gewerkschaftskongress der Streit zu einem bestimmten äußeren Abschluß gelangte. In neuerer Zeit wollen wieder einige Zeitungen wissen, daß eine neue Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften vorbereitet werde, die sich auf den Streik beziehe und diesen unterbinden wolle. Die christlichen Gewerkschaften haben sich an dieser neueren Erörterung nicht beteiligt, einmal, weil sie ihnen überhaupt kein Gewicht beilegen, dann aber auch, weil die Frage des Streiks keinesfalls speziell oder nur die christlichen Gewerkschaften in Deutschland betrifft. Der Streik ist keine spezifisch deutsche Erscheinung.

Die katholischen Arbeiter in England und Amerika, die den dortigen allgemeinen Trade Unions angeschlossen sind, haben sich schon seit vielen Jahrzehnten an Streiks beteiligt, also viel früher, als es in Deutschland besondere christliche Gewerkschaften gab. Und auch in Deutschland sind es nicht etwa bloß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche den Streik unter den heutigen Verhältnissen für unentbehrlich halten, sondern auch Tausende von katholischen Arbeitern in anderen Organisationen. Daß Aussperrungen von Seiten der Arbeitgeberverbände zum mindesten nicht günstiger zu beurteilen sind als der Streik der Arbeiter, dürfte ebenfalls ohne weiteres klar sein, wie es auch jedem Gewerkschaftler genügend bekannt ist, daß selbst Arbeitgeber im Streik ein unter Umständen unentbehrliches Mittel zur Durchsetzung der Tarifgemeinschaft erkliden. Das alles sagt uns, daß wir es hier nicht mit einer Frage zu tun haben, die speziell und lediglich die christl. Gewerkschaften angeht. Diese haben also auch nicht den geringsten Grund, um die diesbezüglichen Mitteilungen einer sensationell-lüsterne Presse und gerissener Korrespondenzen sich mehr zu kümmern wie andere einschlägigen Organisationen. Was nach der grundsätzlichen Seite des Gewerkschaftsstreites zu sagen war, ist im letzten Jahre mit hinreichender Klarheit und Offenheit gesagt worden.

Die Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften im verfloßenen Jahre nach den verschiedensten Richtungen hin auszuführen hatten, wurden seitens der gelben Gewerkschaften systematisch benutzt, um sich an den verschiedensten Stellen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Eine bezeichnende Erscheinung ist dabei zutage getreten: während man im sozialdemokratischen Lager, insbesondere aus Anlaß des Ruhrbergarbeiterstreiks, sich kampfhaft bemühte, die christlichen Gewerkschaften mit den Gelben auf eine Stufe zu stellen, suchten die Gelben auf der anderen Seite den Nachweis zu führen, daß zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ein Wesensunterschied nicht bestehe. Demnach müßten die christlichen Gewerkschaften „gelb“ und „sozialdemokratisch“ zu gleicher Zeit sein! Solche

agitatorischen Stimmungen

registriert man nur. An der Ausbreitung der gelben Gewerkschaften wurde im verfloßenen Jahre insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit Nachdruck gearbeitet. Wo man mit sachlichen Gründen die Errichtung gelber Gruppen nicht durchsetzen konnte, suchte man mit kapitalistischem Terror nachzuhelfen. Diesen haben insbesondere eine Anzahl evangelischer Geistlicher und Vorstände von evangelischen Jünglings- und Arbeitervereinen zu fühlen bekommen. Mit Zusendungen für charitative und sonstige Zwecke, womit die Großindustrie im allgemeinen nicht geizt, sollte an verschiedenen Stellen den Gelben Eingang verschafft werden. Wo man diesem Ansinnen nicht stattgab, wurde mit dem Hohenhängen des Brotkorbcs gedroht. Mit diesem brutalen Vorgehen hat man an mehreren Stellen das Entgegengelegte des Erstrebten erreicht. Die Wintermänner der Gelben sind nicht bloß in den Reihen der Großindustrie zu finden: sie sitzen auch in den Reihen der Regierungsbürokratie. Auf dem Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde ein Geheimverlaß des Düsselbacher Regierungspräsidenten bekannt, der zur Förderung der gelben Gewerkschaften aufforderte. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß auch in manchen preussischen Ministerien man die Ausbreitung der gelben Gewerkschaften mit großer Sympathie begleitet. Es gibt Kreise, die auf die Worte „national“ und „wirtschaftsfriedlich“ blind herineinfallen, ohne sich zu bemühen, in das Wesen der Arbeiterbewegung unserer Tage einzudringen. Eine eigentliche gelbe Werkvereinsbewegung von bauernbenutzten Beständen und mit größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung wird sich in Deutschland indes ebenbürtig durchsetzen und erhalten, wie solche Gewächse in Frankreich, England und Amerika sich zu behaupten vermochten. Mit Schlagworten und Unternehmungskapital läßt sich keine Arbeiterbewegung von Bestand ausbilden und den Kämpfen des Alltags gegenüber widerstandsfähig ausgestalten. Auf die Dauer brechen diese gelben Vereine, vielleicht von einzelnen Ausnahmen abgesehen, genau so zusammen, wie sie in Augsburg, einem ihrer ältesten Herde, wie die leibhaftigen Gewerkschaften nachher, jämmerlich zusammengebrochen sind und lediglich für die Sozialdemokratie Vorhörsarbeit hinterlassen haben.

Auf manche anderen Momente, die auf einzelne Berufsorganisationen nach der Seite des Mitgliederfortschritts nicht günstig einwirkten — so auf die Beitragserhöhungen einiger größeren Verbände, auf die endlich bis zur Aufteilung gebundene Entwidlung der Verhältnisse im Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverband usw. — wird im besonderen Teil eingegangen.

Wie immer aber auch die Position der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet werden mag: Sie haben ihren Platz behauptet.

Sie haben keinerlei Auseinandersetzungen geschont und freiz den Dingen gerade und unerschrocken ins Auge gesehen. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit wird denn auch längst nicht mehr an ihrem bloß äußern Aussehen gemessen. Hier entscheidet die Tatsache, daß es sich um eine Bewegung handelt, die ihre wirtschaftliche und soziale, sowie ihre staatliche Notwendigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen in der Praxis bewiesen hat und die auch von den stärksten Gruppen der übrigen Arbeiterbewegung beachtet werden muß. Wer Einblicke nehmen konnte in das innere Getriebe der Tarifentwicklung, von der wir heute wieder einige wichtige Thesen hinter uns haben, wird es verstehen, wie eine christliche Gewerkschaftsbewegung

Innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bedeutet. Wer aber ihre soziale Bedeutung zu erfassen wünscht, der lasse die Fülle von geistigen und moralischen Kräften auf sich wirken, die mit der Anteilnahme derjenigen Arbeiter, welche durch die Schiffe der christlichen Gewerkschaften gegangen sind, an den gesellschaftlichen und allgemein politischen Einrichtungen angeleitet worden sind. Das sind Werte, die ebenso unschätzbar wie unerschöpflich

sind. Diese Ueberzeugung ist in den langwierigen Kämpfen der letzten Jahre nicht etwa erschüttert, sondern erst recht gefestigt und befestigt worden. Sie ist für die christlichen Gewerkschaften der stärkste Antrieb, auf der eingeschlagenen Bahn mutig und unverzagt vorwärts zu gehen, in der festen Überzeugung, daß die glücklichere Gestaltung der Verhältnisse sich auch in einer günstigeren Entwicklung ihrer Bewegung kundgeben wird.

Umständen zu kämpfen: keine Baumwollpreise, Stagnation in der Ausfuhr von Textilstoffen infolge verstärkten Aufkommens der Textilindustrie in Ländern, die seither ihre Textilfabrikate vielfach von Deutschland bezogen, Wechsel der Mode, allgemeine Teuerung usw. Die engen Damenröcke und Blusen von heute erfordern eine viel geringere Stoffmenge als die Moden von ehemals, wie auch durch die allgemeine Teuerung der letzten Jahre weite Kreise in der Beschaffung von Kleidern sich sehr eingeschränkt haben. In der Textilindustrie konnte daher in den letzten Jahren nur in einzelnen Branchen und Bezirken eine eigentliche Hochkonjunktur festgestellt werden.

Wie im Vorjahre, so ist auch in 1912 wiederum ein Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen und zwar um insgesamt 856. In 1911 war dieses Anwachsen auffallend stark auf Seiten der Textilarbeiterinnen in Erscheinung getreten. Diesmal ist dieselbe Gruppe vom Niedergang betroffen worden, jedoch nicht stark genug, als daß nicht doch ein weiteres Anwachsen, woran in erster Linie die Heimdarbeiterinnen beteiligt sind, das Endergebnis bildete.

Kassenverhältnisse.

Das erfreulichste Kapitel der ganzen Statistik bietet im Berichtsjahre ohne Zweifel die Gestaltung der Kassenverhältnisse. Diese legen Zeugnis davon ab, daß die Bewegung sich weiter entfaltet hat und erstarkt ist, wenn dies auch in den Mitgliederzahlen weniger zum Ausdruck kommt, daß somit die Grundlage, auf welcher die christlichen Gewerkschaften arbeiten, eine gesunde ist. In den Einnahmen fand eine Steigerung von 6 243 642 Mark, dem Gesamtbetrag für 1911, auf 6 608 350 Mark in 1912, also um 364 708 Mk. statt. Die Ausgaben wiesen eine Verminderung von 5 299 781 Mk. in 1911 auf 5 222 727 in 1912, d. h. um 77 054 Mark, auf. Und die Vermögensbestände, die sich 1911 auf 7 082 942 Mk. gestellt hatten, verbrachten 1912 8 575 658 Mk., was eine Steigerung um 1 492 716 Mark = rund 1/5 Million bedeutet. Als Fazit: Steigerung der Einnahmen und mehr noch des Vermögens. Jedenfalls eine Finanzwirtschaft, die für sich selber spricht.

Am Rand der Tabelle II läßt sich der Vergleich zum Vorjahre in den einzelnen Positionen durchführen, wobei sich folgendes Bild ergibt:

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, 1911, 1912. Includes sub-sections for Einnahmen and Ausgaben with various categories like Aufnahmegebühren, Beiträge, etc.

Sehr bemerkenswert ist in den Einnahmen die beträchtliche Steigerung auf Seiten der regelmäßigen Beiträge, die das über die Mitgliederverhältnisse Gesagte in vollem Maße bestätigt. Fast 340 000 Mk. konnten auf diesem Konto mehr gebucht werden. Die übrigen Posten unter dieser Rubrik hielten sich nahezu die Waage in den beiden Vergleichsjahren. Auf der Seite der Ausgaben erklärt sich das Zurückbleiben der einzelnen Unterstützungsarten teilweise aus der natürlichen Zunahme der Unterstützungsberechtigten. Im Handwerker stellte das Darmiederliegen der Geschäftslage größere Ansprüche an die Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung. Von größerer Arbeitslosigkeit als in den Vorjahren berichten namentlich die Holzarbeiter. Einen starken Niedergang verzeichnet das Konto der Streik- und Gemahregelunterstützung und zwar als natürliche Folge des Fehlens lang andauernder, nicht freiwilliger Lohnbewegungen. Im Bericht für 1911 waren mit dem bloßen Hinweis, daß allein vier Verbände rund 1 Million für Streik- und Gemahregelunterstützung ausgegeben hatten, die damals sich am lautesten gehörenden Schreier über das römische Streikverbot für die Christlichen" wirksam abgetan worden. Auch die mehr als 650 000 Mk. Streikunterstützung im Berichtsjahre werden wohl kaum die Schreier wieder auf die Bildfläche rufen, zumal angeführt der weiter unten gemachten Angaben über die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks.

Tabelle I.

Table with columns: Organisation, Spd. Nummer, Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt (1911, 1912), Mitgliederzahl am 31. Dez. 1912, Gesamt-einnahme, Gesamt-ausgabe, Kassenbestand a. 31. Dez. 1912, Davon in den Haupt-kassen.

Mitgliederverhältnisse.

Die Kurve der Mitgliederbewegung hatte im Jahre 1911 zunächst eine starke Aufwärtsbewegung angezeigt, die indes nur bis zum zweiten Halbjahr vorhielt. Dann hatte sich eine ruhige und langsame Weiterentwicklung eingestellt, unter dem wesentlichen Einfluß der Agitationslähmung infolge der, alle anderen Neuerungen des öffentlichen Lebens überbietenden Vorbereitung auf die Reichstagswahlen. Diese Strömungen schoben sich, wie bereits dargelegt, auch in das Berichtsjahr hinein. Doch ist diesen und den übrigen in der Einleitung beschriebenen Vorgängen von allgemeiner Bedeutung die nur geringfügige Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 nicht in der Hauptsache zuzuschreiben. Letztere beruht vielmehr hauptsächlich auf innergewerkschaftlichen Zwischenfällen, die nachher im einzelnen dargelegt werden. Nach dem Jahresdurchschnitt berechnet, steht der Gesamtzahl der Mitglieder von 340 957 in 1911 eine solche von 344 687 in 1912 gegenüber, was einer Steigerung um 3730 = 1,1 Prozent gleichkommt. Geht man dagegen von der Endziffer des Jahres 1911 in Höhe von 350 574 aus, so beträgt die Zunahme, im Vergleich zu der Endziffer des Berichtsjahres mit 350 930, nur 356 Mitglieder.

Die einzelnen Verbände sind in ungleichmäßiger Weise von der Mitgliederentwicklung betroffen worden. Es gewannen vom Jahresdurchschnitt aus gerechnet: die Bauarbeiter 3736 Mitglieder, die Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 2110, die Holzarbeiter 1818, die Metallarbeiter 1391, die Heimdarbeiterinnen 1189, die Keram- und Steinarbeiter 808, die württembergischen Eisenbahner 622, die Gasthausangestellten 564, die Maler 484, die Schneider 449, die Leberarbeiter 372, der graphische Zentralverband 368, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 308, der Guttenberg-Bund 169, die Krankenpfleger 166, die Gärtner 18, die bayerischen Eisenbahner 1. Es büßten ein: die Bergarbeiter 6600 Mitglieder, die Textilarbeiter 2494, die deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 1253, die Tabakarbeiter 469, die Telegraphenarbeiter 27.

Im ganzen bedeuten diese Ziffern eine Stagnation und teilweise einen Niedergang einzelner Verbände, während die übrigen Organisationen, gemessen an der Wirtschaftslage in 1912, eine normale Entwicklung aufweisen. Vergleicht man die Ziffern vom Jahresabschluss 1912 mit denen von 1911, so haben allein die Bergarbeiter und die preussischen Eisenbahner einen Verlust von ca. 10 000 Mitgliedern aufzuweisen; dieser Verlust ist von einer Anzahl Verbände durch Mitgliedererwinne ausgeglichen worden. Bei den Metall- und Textilarbeitern dagegen war eine Stagnation in der Mitgliederbewegung festzustellen. Eine symptomatische Bedeutung ist den hier behandelten

Vorgängen im Berichtsjahr nicht beizumessen. Der Niedergang bei den Bergarbeitern ist in der Hauptsache auf den Ruhrbergarbeiterstreik zurückzuführen. Bei solchen gewaltigen Kämpfen, bei denen Sein oder Nichtsein von Organisationen auf dem Spiele steht, ist eine Erschütterung des Mitgliederbestandes eine unvermeidliche Begleiterscheinung. Außerhalb des sozialdemokratischen Lagers gibt es jedenfalls nur wenig Arbeiterorganisationen in Deutschland, die solche Stürme überstehen zu überdauern vermögen. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hat denn auch aus Anlaß des Verhaltens des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter beim Ruhrbergarbeiterstreik damit gerechnet, daß Zehntausende von Mitgliedern den christlichen Gewerkschaften verloren gehen würden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Im übrigen hat nach solchen Kämpfen sich stets vorübergehend eine Organisationsmüdigkeit eingestellt. Hoffentlich ist diese bei den Bergleuten nieberhalb überstanden, da nirgends eine stumpfe Resignation unangebracht ist, als bei den Arbeitern des Bergbaues. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband weist in 1912 ebenfalls einen größeren Mitgliedererwinnung auf.

Die rückläufige Mitgliederbewegung bei den preussischen Eisenbahnern ist auf eine bedeutende Beitragserschöpfung zurückzuführen, die im Berichtsjahre vorgenommen wurde. Als 1908 der Verband der deutschen Eisenbahner gebildet wurde, glaubte man, trotz energischer Gegenvorstellungen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, einen Organisationsbeitrag von nur 20 Pfg. monatlich (ohne Unterstützungsbeiträge) festsetzen zu sollen. Die übrigen norddeutschen Eisenbahnerorganisationen erhoben teilweise einen noch niedrigeren Beitrag. Für die Leistung von angemessenen Beiträgen an gewerkschaftliche Organisationen fehlte damals in den weitesten Kreisen der Eisenbahner jedwedes Verständnis. In der Zwischenzeit ist es schon bedeutend besser geworden. Der Monatsbeitrag von 20 Pfg. wurde von der in 1912 abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes deutscher Eisenbahner radikal beibehalten und durch einen Wochenbeitrag ersetzt, der zwischen 10 und 50 Pfg. gestaffelt ist. Diese Beitragsreform ist dem Verbands nicht von Nachteil gewesen; am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres hatte der Verband die Höchstmitgliedszahl bereits wieder überschritten, die er vor der Beitragsreform aufzuweisen hatte.

Auch bei den Metall- und Textilarbeitern ist die Mitgliedererwinnung im Berichtsjahre auf Beitragserschöpfung mit zurückzuführen. Diese Verbände wurden zwar nicht wie die Eisenbahner der Beitragserschöpfung halber in der Mitgliederentwicklung zurückgeworfen, aber hemmend hat sie sich immerhin vorübergehend in der Agitation bemerkbar gemacht. Die Textilindustrie hatte überhaupt in den letzten Jahren mit vielen unglücklichen

Tabelle II.

Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände.

Table with columns: Organisation, Einnahmen (Aufnahmegebühren, Beiträge, etc.), Ausgaben (Verbandsorgan, Agitation, etc.), 1911, 1912.

Die Gesamtsumme der Unterstufungen außer der Streik- und Gemahregel-Unterstützung ist wiederum um fast 100 000 Mark gegen das Vorjahr gestiegen, ein Beweis dafür, wie die Beiträge in stets steigendem Maße den Mitgliedern in lauterer direkter Unterstützung wieder zugute kommen. Seit dem Jahre 1905 bietet das gegenseitige Verhältnis der beiden Hauptabteilungen des Unterstützungswesens folgendes Bild:

Jahr	Insgesamt	Streik- und Gemahregel-Unterstützung	Sonstige Unterstufungen
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	863 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 996 236	654 323	1 341 913

Hinsichtlich des Beitragswesens ist die im Jahresbericht für 1911 gekennzeichnete Tendenz zur Rückbildung auf die jugendlichen noch verstärkt in Wirkung getreten. Auch in der differenzierenden Festlegung der Aufnahmegebühren kommt diese Rückbildung, wie übrigens auch vielfach für die weiblichen Mitglieder zum Ausdruck. Der Keramik- und Steinmetzverband benutzte die durch seine Mahner Generalversammlung ausgelassene Stimmung zur Propaganda für eine freiwillige Beitragsreduzierung. Etwa 30% aller Mitglieder sind gegen Ende des Jahres freiwillig in höhere Beitragsklassen übergegangen, was allerdings in den Ziffern des Berichtsjahres erst zu einem geringen Teil zur Geltung kommt.

Fortsetzung folgt.

Zur Lage der Zechenmetallarbeiter in der bayrischen Westpfalz.

Der christliche Metallarbeiterverband hat sich in den letzten Jahren im Saargebiet wie auch in der Westpfalz der Zechenmetallarbeiter ganz besonders angenommen. Unermüßlich und mit bemerkenswertem Erfolg hat er an der Verbesserung ihrer Lage gearbeitet. Neben ganz erheblichen Lohnerhöhungen wurde im Saargebiet die Altersgrenze zur Erreichung des Höchstsichtlohn von 35 auf 31 Jahre herabgesetzt. Durch unser anerkennendes Wirken wurde erreicht, daß die Grubenhauptwerker, Maschinenisten und Heizer als wichtige Arbeitergruppe in stärkerem Maße zur Geltung gekommen sind; dies geht hervor aus den verschiedensten Petitionen und Eingaben an die Landesparlamente. Neben anderen wurde im Jahre 1912 eine Petition an die bayerische Regierung und die Kammer der Abgeordneten gerichtet, welche die Wünsche der Arbeiter der beiden bayerischen Staatsgruben St. Ingbert und Bergbach enthielt. Der Erfolg war eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Schicht ab Januar 1913. In der Forderung der Arbeitszeitverkürzung nahmen die maßgebenden Faktoren keine direkt ablehnende Stellung ein. Sie erklärten vielmehr, falls man ihnen nachweisen könnte, daß auf den preussischen Zechen eine kürzere Arbeitszeit bestände, wolle Bayern nicht nachhinken, sondern diesem Wunsche Rechnung tragen. Um die Frage in Fluß zu bringen, hat nun der christliche Metallarbeiterverband eine Eingabe an das Königl. Bergamt Bergbach gerichtet. Diese hat folgenden Wortlaut:

Saarbrücken, den 5. Juni 1913.

An das
Königliche Bergamt der Grube Bergbach
in
Mittelbergbach.

Die unterzeichnete Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes erlaubt sich im Auftrage der Grubenhandwerker, Maschinenisten und Heizer dem Königl. Bergamt folgende Wünsche mit der Bitte um baldmöglichste Berücksichtigung zu unterbreiten.

Bei der Beratung des Vergütetes im vorigen Jahre sagte die Regierung eine generelle Erhöhung der Löhne zu. Die Lohnzulage von 20 Pfg. pro Arbeiter und Schicht ab 1. Januar 1913 sollen alle Arbeiter erhalten. Für die Gebirgsarbeiter soll durch Erhöhung der Bedinge eine Lohnerhöhung einreten. Ferner versprach der Finanzminister, daß die Löhne von Grube Bergbach an die der Nachbargrube St. Ingbert angepaßt würden, um die erhebliche Differenz, welche zwischen den beiden Gruben zu Ungunsten der Grube Bergbach besteht, auszugleichen.

Wenn wir auch gern anerkennen, daß in letzter Zeit eine kleine Verbesserung der Löhne stattgefunden hat, so besteht andererseits doch die Tatsache, daß die Differenz in den Löhnen zwischen St. Ingbert und Bergbach die gleiche geblieben ist. Auch durch die verspätete Durchführung der Lohnerhöhung auf Grube Bergbach sind die Arbeiter der letzteren erheblich geschädigt.

Da durch Herrn Oberbergamt Biegelmeier zugejagt wurde, daß dort, wo die Lohnerhöhung später gewährt, Nachzahlung ab 1. Januar erfolgen sollte, bitten wir um eine diesbezügliche Entscheidung und Mitteilung an den Arbeitsausschuß.

Ein weiterer bringender Wunsch genannter Arbeiter ist eine zeitgemäße Reform der Arbeitszeit. Wir erlauben uns, folgende Arbeitszeit in Vorschlag zu bringen.

Für die Frühsschicht von 6-4 Uhr einschl. einer halbstündigen Mittagspause,

Für die Mittagschicht von 2-12 Uhr einschl. einer halbstündigen Pause,

Für die Nachtschicht von 10-7 Uhr einschl. einer halbstündigen Pause.

Begründung:

Diese Regelung bedeutet keine Arbeitszeitverkürzung, sondern nur Wegfall bzw. Verkürzung der Pausen. Da die Arbeiter ausschließlich in ziemlicher Entfernung von der Grube wohnen, ist es ihnen nicht möglich, sich ihr Essen auf die Arbeitsplätze bringen zu lassen. Dadurch verlieren auch die Pausen ihren Wert und kann eine Einschränkung derselben auf das notwendigste Maß erfolgen.

Für Heizer und Maschinenisten ist im Interesse der Gesundheit eine Schichtverkürzung dringend geboten. Diese arbeiten zum Teil bei sehr hoher Temperatur, im Maschinenhaus ist 40 Grad keine Seltenheit, so daß dieser eine Grund schon eine gewisse Minderleistung herbeiführt. Auch auf den benach-

unter wie über Tage die 8-Stündige Schicht eingeführt. Man hat dort die Erfahrung gemacht, daß sich hierdurch die Betriebssicherheit bedeutend gehoben und eine bessere Instandhaltung der Maschinen und Apparate erreicht wurde.

Indem wir um wohlwollende Prüfung und Bepfehlung der vorstehenden Punkte in einer außerordentlichen Arbeiteranhörung mit besonderer Hochachtung

Die Bezirksleitung des christl. Metallarbeiter-Verbandes.

Wie wir erfahren haben, wurden Erkundigungen bei der Bergwerksdirektion Saarbrücken eingezogen. Man hatte sich nämlich an die Arbeitsordnung der Saargruben gehalten, in der die Rebe ist von zwölfstündiger Arbeitszeit. Jedoch beträgt die Arbeitszeit aus praktischen Gründen für Heizer und Maschinenisten 8 bzw. 9 Stunden, einschließlich der Pausen. Auf den Saargruben besteht fast durchweg folgender Mobus: Die ununterbrochen laufenden Maschinen, wie Kräftigungen, Förder- und Waschanlagenmaschinen, Ventilatoren und Kesselanlagen sind auf drei Schichten belegt; teilweise auch die Betriebspunkte, welche bei der Aufbereitung in Frage kommen, wie Kohlenwäsche, Separationen, Schiebeshöfen usw. Wo dies nicht der Fall ist, hat man sich an die Fördererschicht angepaßt. (8½ bis 9 Stunden.)

Hoffentlich führen die Erkundigungen der bayerischen Bergbehörde bei ihrem preussischen Nachbar dazu, daß man dem sehr dringenden Wunsche der Arbeiter Rechnung trägt. Für die Heizer und Maschinenisten ist an der acht- bzw. neunstündigen Schicht, wie in der Petition an die Regierung niedergelegt ist, fest zu halten. Für die Werkstättenarbeiter würde die in der Eingabe geforderte Arbeitszeit ohne Bedenken durchzuführen sein.

Für die Kollegen der Pfalz, wie auch des Saarreviers gilt es nun, sich durch nichts beeinflussen zu lassen und im Vertrauen auf die Organisation freudig, willig u. einig dem Ziel mit Ausdauer entgegenzutreten. Die Erfahrungen der letzten Jahre müssen den Zechenmetallarbeitern deutlich gezeigt haben, daß durch eine starke Organisation und zielklares Handeln große Erfolge zu erreichen sind. Jetzt gilt es, nicht zu erlahmen, sondern praktische Arbeit zu leisten und nicht zu ruhen, bis unsere Forderungen anerkannt sind. Sollen die in unserem Reformprogramm gestellten Forderungen voll- auf durchgeführt werden, dann Kollegen der Pfalz und des Saarreviers, stärkt die Organisation! Werbet unermüßlich für den christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

Die Volksversicherung.

II.

Die sozialdemokratische Volksfürsorge.

Auf der im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Gesamtsituation, wie sie im privatkapitalistischen Lager hinsichtlich der Volksversicherung anzutreffen ist, baut die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ auf. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratisch regierte „Zentralverband der Konsum- und Produktivgenossenschaften (Sib Hamburg)“, haben eine Aktiengesellschaft gebildet und wollen die Volksversicherung selbst betreiben. Bereits am 1. Juli d. J. ist die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ in Betrieb gesetzt worden.

Die rote „Volksfürsorge“ will angeblich in „absolut neutraler und gemeinnütziger Weise“ Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Lebensfall, Kinder- und Sparversicherungen, sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung übernehmen. Selbstverständlich legt die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Sozialdemokratie diese „Volksfürsorge“ nicht ins Werk um ihrer selbst willen. Der Sozialist von Elm, der Leiter derselben, hält denn auch über den wahren Zweck der roten „Volksfürsorge“ nicht hinter dem Berge, er sagt u. a.: „Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun sie das nicht nur, um sie verbilligen, sondern auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen.“ Das heißt, um die sozialdemokratischen Ideen überall dorthin zu tragen, wo sie bislang nur schwer oder gar nicht vordringen konnten.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist denn auch ein Organisationsplan mit den „freien“ Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Zentralverband Deutscher Konsumvereine vereinbart worden, der zugleich an Innigkeit und Demutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Er lautet wie folgt:

1. „Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt.“

2. „Nach Möglichkeit haben deshalb die Einkassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Einkassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierzu festgesetzte Entschädigung zusteht.“

3. „Haben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von hier nach Berufen gegliederten Organisation nicht erfahrenen Versicherern vom Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Inkasso bei diesen Versicherten besorgen.“

4. „Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauensmännern zu stellen.“

Wir konstatieren also: 1. Die gesamte Sozialdemokratie mit all ihren Funktionären stellt sich in den Dienst der „Volksfürsorge“. Denn auch die Presse und Organe der sozialdemokratischen Sozialdemokratie kämpfen seit Monaten für das Unternehmern. 2. Die Agenten der „Volksfürsorge“ sind keine anderen als die Vertrauensmänner und Agitatoren der Sozialdemokratie. 3. Für jene Volksfürsorge, die für die Gewerkschaften herbeigeholt nicht in Betracht kommen, bestellt das sozialdemokratische Kartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Inkasso bei diesen Versicherten besorgen.“

nen. 4. In Orten und Bezirken — wie z. B. auf dem Lande — wo die Sozialdemokratie organisatorisch noch keinen Boden hat, wird eine besondere (sozialdemokratische) „Volksfürsorge“-Organisation geschaffen.

Die Sozialdemokraten wollen ein Dreifaches mit ihrer „Volksfürsorge“ erreichen: 1) Auf die Kreise der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zunächst materiell und später dann auch ideell Einfluss zu gewinnen, an die sie, bisher weder durch die Partei noch durch die „freie“ Gewerkschaft, oder vermittelt der Genossenschaft heran kommen konnten; sie denken dabei wohl hauptsächlich an die ländlichen und gut national und christlich gesinnten Bezirke. 2. wollen sie durch die „Volksfürsorge“ große Kapitalien gewinnen für die vielseitigsten Zwecke; 3) soll denn natürlich auch den privatkapitalistischen Gesellschaften mit der roten „Volksversicherung“ Abbruch getan und eine billigere Volksversicherung geschaffen werden.

Die Gefahr, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch die rote „Volksfürsorge“ droht, ist nicht zu unterschätzen. Wie schon angebeutet, wird die „Volksfürsorge“ für die Sozialdemokraten ein geeignetes Mittel sein, um auch an die Frauen und Kinder, sowie die ländliche Bevölkerung heranzukommen. Die Sozialdemokratie will durch die „Volksfürsorge“ schon den natürlichen Nachwuchs, die Kinder, möglichst zeitweilig durch eine, den sozialdemokratischen Zwecken dienbare Wohlfahrts-Einrichtung an sich fesseln. Dazu 50 000 sozialdemokratische Agenten, die meistens zugleich auch die Einkassierer und Vertrauensleute der „freien“ Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Konsumvereine sind, werden bereits auf unser Volk losgelassen, um in die entlegensten Dörfer und Städtchen den Samen des Sozialismus in die Arbeiterhäuser und bei den kleinen Besitzern auszustreuen. Dasselbe geschieht natürlich ebenso in den Industrieorten. Der Erfolg für die sozialdemokratische Partei und deren „freie“ Gewerkschaften, sowie für die Konsumgenossenschaften „Samburger (sozialdem.) Richtung“ kann gar nicht zweifelhaft sein.

Für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung bedeutet die rote „Volksfürsorge“ zweifellos eine Gefahr, indem sie derselben die Entwicklungsmöglichkeiten in Arbeiterkreisen, die gegenwärtig noch eine christlich-nationale Gesinnung aufweisen und insbesondere auch in ländlichen Bezirken, zu unterbinden geeignet und bestrebt ist.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst sind durch die rote „Volksfürsorge“ nicht gefährdet, denn diese werden rechtzeitig aufgeklärt und kennen daher die Schlimmheit der Sozialdemokraten zu genau, um darauf überhaupt hereinzufallen. Wohl aber können leicht die Leute, die für die christlichen Gewerkschaften als zukünftige Mitglieder in Frage kommen, von den Sozialdemokraten mit ihren Schlagworten „neutral“ und „frei“ täuscht und eingefangen werden. Besonders wird es den sozialdemokratischen Agenten in vielen Fällen leicht sein, die Arbeiterfrauen und die Frauen der sonstigen kleinen Leute für die „Volksfürsorge“ zu fesseln.

Ferner gewinnen die Sozialdemokraten mit ihrem „Dreibund“, wie sie selbst ihre drei Hauptorganisationen nennen, also mit der roten Partei, der „freien“ Gewerkschaft und den Genossenschaften, verbunden mit der „Volksfürsorge“, eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Sie stärken ihren Einfluss auf unser Wirtschaftsleben, auf die Unternehmer und die Genossenschaften in ganz eminenten Weise. Der Rekonvaleszenz für die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird dadurch aber sicherlich zurückgedrängt und kleiner.

Diese Gesamtsituation macht es unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Pflicht, die Augen offen zu halten. Wir sind eine junge Bewegung und haben alle Ursache, unsere verfügbaren Kräfte in erster Linie auf die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu verwenden, damit wir möglichst überall vertreten sind und die christlichen Arbeiter beim Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen von den Sozialdemokraten nirgends ausgehakt werden können. Werfen wir uns nun ebenfalls mit voller Kraft auf das Gebiet der Volksversicherung, so ist es sehr gut denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß der Gewerkschaftsgedanke mehr in den Hintergrund tritt

und die Bewegung dadurch gehemmt wird. Eine junge Bewegung hat naturgemäß viel weniger einen Ueberfluß an agitatorisch tätigen Kräften, als die ältere sozialdemokratische Bewegung. Ruhig zusehen können wir der Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Volksversicherung jedoch keinesfalls!

Fortsetzung folgt.

Allgemeine Rundschau.

Das Los der älteren Arbeiter in der Großindustrie.

In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit vielfach darüber diskutiert worden, wie sich das Los der älteren Arbeiter gestaltet. An Hand von Einzelbeispielen ist von Arbeiterseite häufig darüber geklagt worden, daß Arbeiter, wenn ihre besten Kräfte verbraucht sind, beiseite geschoben und jüngere Arbeitskräfte an deren Stelle gesetzt werden, und daß solche Arbeiter nur sehr schwer wieder eine neue Arbeitsgelegenheit finden können. Besonders schlimm gestaltet sich deren Lage deshalb, weil eine große Anzahl von Werken Arbeiter nur bis zu einem gewissen Lebensalter einstellen. In der „Täglichen Rundschau“ (18. April 1913) veröffentlicht Prof. Wittich einen Artikel zu dieser Frage, der darauf hinausläuft, diese Klagen aus Arbeiterkreisen als unbedeutend hinzustellen. Aus den Berichten der Gewerkschaftsbeamten will der Verfasser die Schlussfolgerung ziehen, daß wohl „ältere“ Fabrikarbeiter vielfach zu einem Wechsel ihrer Berufsarbeit sich veranlaßt sehen, sei es, weil ihre bisherige Tätigkeit ihre Kräfte übersteigt, sei es, weil sie ein leicheres Brot zu finden glauben.“ Darauf baut der Verfasser dann folgendes Diktum auf:

„Hingegen fehlt ein Nachweis, daß brutaler Unternehmerrgismus die schwächeren Kräfte einfach auf die Straße schießt, oder daß arbeitswilligen Alten keine Aufnahme gewährt wird. Ausnahmen mögen vorkommen, sind aber ganz gewiß keine allgemeine Erscheinung.“

Diese Schlussfolgerungen können leider vor der Wirklichkeit nicht Stand halten und für die Großenindustrie sind sie vollends unzutreffend. Wenn man auch den Vorwurf gewiß nicht verallgemeinern darf, daß ältere, verbrauchte Kräfte rücksichtslos auf die Straße gestoßen werden — es gibt erlauchtere auch noch Unternehmer, die ihre alten Arbeiter, die von der Unmöglichkeit herabstiegen — so bleibt aber

auf der anderen Seite die Tatsache bestehen, daß eine lange Reihe industrieller Werke und sogar kommunale Betriebe Arbeiter nur bis zu einem gewissen Lebensalter einstellen. In der Eisenbahnindustrie werden in der Regel Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt. Das wird auch in diesjährigen Verträgen der Gewerkschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf offen erklärt mit folgenden Worten:

„Dazu kommt, daß die Betriebsleiter wenig geneigt sind, ältere Arbeiter neu einzustellen, so daß als Einstellungsgrenze des Großbetriebes im allgemeinen das 40. Lebensjahr gelten kann. Namentlich in den Werken, wo starker Arbeiterwechsel besteht, führt die Zurückweisung der älteren Arbeitnehmenden ganz von selbst dazu, daß vorwiegend jüngere Leute beschäftigt sind. Daraus erklärt sich auch, daß Werte die in Bezug auf Verdienst und Behandlung der Arbeiter sich eines günstigeren Rufes erfreuen, im allgemeinen höhere Prozentätze an älteren Leuten aufweisen als solche, bei denen diese Bedingungen weniger vollkommen erfüllt sind, und bei denen die Arbeiter deshalb häufiger wechseln.“

Auch eine große Anzahl von Stadtverwaltungen haben eine Altersgrenze für neu einzustellende Arbeiter festgelegt: hier ist die Bestimmung auch in den Arbeitsordnungen für die kommunalen Betriebe niedergelegt. Wir greifen nur einige heraus. Das Höchstalter für Neueinstellende beträgt beispielsweise in Düsseldorf 40, Mendenbach 45, Karlsruhe 40, Bruchsal 35, Stuttgart 36 und in Würzburg 40 Jahre. Von den Kommunen sollte man erwarten, daß sie nicht nur an der ältesten erwarten, denn wenn alle Unternehmer so handeln würden wie diese Gemeinden, dann könnten die älteren Arbeiter ja nirgends mehr Arbeit und Brot finden und würden dann als bedauernswerte überflüssige Mitglieder der Gesellschaft den Armenverwaltungen, also den Kommunen selbst wieder zur Last fallen.

Angeht diese Zustände ist die schicksalsschwere Frage wohl am Platze: Was wird aus den vielen Lohnarbeitern, die nach dem 40. Lebensjahr das Unglück haben, eine neue Arbeitsstelle suchen zu müssen? Bei den vorliegenden Umständen handelt es sich nur um einige Stichproben. Wenn eine genaue Erhebung darüber veranstaltet würde, inwieweit älteren Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit durch solche Bestimmungen beschnitten wird, dann würde es wohl kaum jemand noch wagen, die Klagen der Arbeiter über diesen verhängnisvollen Mißstand als unberechtigt hinzustellen.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands

veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1912. Der Verband hatte im Berichtsjahr eine Einnahme von 100 258 gegen 81 966 Mark und eine Ausgabe von 107 746 gegen 81 966 Mark im Vorjahr. Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder wurden 43 362 gegen 19 888 Mark im Jahre 1911 aufgewendet. Gestiegen sind die Leistungen für Hilfe, Kranken- und Sterbehilfeleistungen von 79,2 auf 91,28 Mark. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresende 39 838 Mark. Zwei große Kämpfe hatte der Verband zu bestehen, den Streik in der Maschinenbau- und Konfektionsindustrie und die Generalaussperrung im Maschinenbau. Beide Kämpfe endeten mit gutem Erfolg. 33 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen. Am Schlusse des Jahres war der christl. Schneiderverband an 113 Tarifverträgen, die von 5355 Firmen anerkannt sind, beteiligt. 4264 Mitglieder sind unter tariflichen Verhältnissen beschäftigt. An Lohnerhöhungen wurden für 1973 Verbandsmitglieder, die im Berichtsjahr an den Lohnbewegungen beteiligt waren, Mark 243 418, oder im Durchschnitt für ein Mitglied Mark 113 erzielt. Die Mitgliederzahl stieg um 330 und betrug am Jahresende 4818; sie ist inzwischen auf über 5000 gestiegen. Der christliche Schneiderverband kann auf ein Jahr mühevoller aber erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Für ihn gibt es aber auch in nächster Zeit noch große Aufgaben zu lösen. Neben den Berufsorganisationen des Schneidergewerbes vor den Beratungen eines Reichstarifvertrages, der mit 1. März 1916 in Kraft treten soll. Dieser Umstand sollte alle christlich gesinnten Berufskollegen, die der Organisation noch fernstehen, veranlassen, Anschluß an den christlichen Schneiderverband zu suchen.

Zwei sozialdemokratische Meinungen über die deutsche Seeresmacht.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ schrieb in ihrer Nr. 16 über die neue Seeresvorlage unter anderem folgendes:

„Den beiden Seeresvermehrungen der letzten zwei Jahre eine neue folgen zu lassen, das kann überhaupt nicht mehr als Einzelmaßnahme gewürdigt werden, sondern nur noch als letzte Ausstrahlung eines bis zum blanken Wahrwiss angelebten Schemas.“

Und in seiner Nr. 15 meinte das Blatt: „Das Volk ist nur noch dazu da für das Militär zu schaffen und sich dafür von Uniformen regieren zu lassen.“ Kennzeichnen sich diese beiden Auslassungen auch von vornherein als echt sozialdemokratische Agitationsphrasen, die nur auf die Aufpeitschung und Beruhigung der Masse berechnet sind, so ist es doch nützlich, demgegenüber hervorzuheben, wie ein Sozialdemokrat über das Meer denkt, der die Gehirnverleumdung nicht als Spezialität betreibt. In der von Rich. Calwer, dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten herausgegebenen „Konjunktur“ (Nr. 38) ist zu lesen:

„Wir müssen mit Rücksicht auf die Militärfaktoren, die uns von allen Seiten umgeben und vor allem zur Sicherung gegen den nach Westen gerichteten Expansionsdrang des russischen Kolosses ein stehendes Heer unterhalten, so gut wie wir eine Flotte oder Panzerverbände brauchen. Das zu leugnen wäre Unsin. Selbst, wenn es gelänge, Westeuropa zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen zu fassen und damit auch den politischen Interessen der Westmächte eine gemeinsame Richtung zu geben, würde Deutschland doch immer noch die Aufgabe zufallen, die weiteuropäische Kultur gegen das Vordringen der russischen Barbarei zu sichern. Von dem Tage, wo Deutschland auf ein stehendes Heer verzichten kann, sind wir noch weit entfernt. Dies hängt durchaus nicht von der inneren Entwicklung des Deutschen Reiches, sondern lediglich von äußeren Verhältnissen ab.“

Calwer, in dessen Blatt vorstehende Auslassung enthalten ist, steht den freien Gewerkschaften nicht nur ziemlich nahe, sondern wird von diesen als Autorität geschätzt. Wie die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung gegenüber dieser anerkannten Autorität ihre Meinung aufrechterhalten will, ist ihre eigene Sache. Uns kam es nur darauf an, zu zeigen, daß das Blatt wieder einmal in blinder Wut Rede gemacht hat.

Eine Hief-Dunderlache Verlegenheits-Ausrede.

produziert der „Regulator“ in seiner Nr. 27 auf die Feststellungen in unserer Nr. 27 bezüglich der S. D. Behauptung: „Sie legten bei der Berechnung der durchschnittlichen Mitgliederzahl eine Beitragszahlung von 52 Wochen zu Grunde.“ Als Beweis für seine innerlich unmögliche Behauptung warf das Blatt mit folgendem Mädchen aus:

„Dadurch, daß welche (Mitglieder) im Februar und auch November auscheiden, gleicht sich der Unterschied dieser Mitglieder in der Zahl der Wochenbeiträge aus, und so stimmt es aufs Haar. Der Gewerksverein führt in seiner Mitgliederzahl nur solche Mitglieder auf, die 52 Wochen bezahlen.“

Das ist denn nun doch wirklich der Gipfel, dagegen auch nur ein Wort zu verlieren ist unnützlich. Bevor wir uns weiter mit den Sirschen über die durchschnittliche Mitgliederzahl unterhalten, mögen sie folgende Fragen beantworten, die wir schon in der Nr. 25 gestellt haben:

Wieviel Einnahmen hatte im Jahre 1912 der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter S. D. aus folgenden Posten: 1. Eintrittsmarken a 50 und a 25 Pfg.; 2. Wochenbeiträge a 35, a 45, a 20 und a 10 Pfg. Erst nach Beantwortung dieser Fragen können wir uns über die durchschnittliche Beitragsleistung weiter unterhalten. Solange die Antwort nicht erfolgt, müssen wir das Gerede von den durchschnittlich geleisteten 52 Wochenbeiträgen für eine Unwahrheit erklären. Der aus Eurem Fleberwisch!

Die dritte Bundestagung der Gelben endete mit einem Krach.

In Augsburg, der Stammburg der Gelben, hatte sich am 28. und 29. Juni der Bund der gelben Werkvereine zu seiner dritten Jahresversammlung zusammengefunden. An sich sind die ärztlichen Verhandlungsgegenstände nicht wichtig genug, um sie in unserem Blatte zu erwähnen, weswegen wir nur einige Momente herausheben wollen. Den Jahresbericht des gelben Bundes erstattete der Fabrikbeamte Rupp-Wöllingen, der darin meinte, es sei gerichtlich festgesetzt, „daß die Werkvereine nicht von den Unternehmern abhängig sind.“ Den Beweis für die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung erbrachte Rupp selber, als er der gelben Gemeinde erzählte, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen habe, „daß bei Ausperrungen Arbeiter, die den Werkvereinen ein halbes Jahr und länger angehören, nicht getroffen werden sollen.“ Eine wunderbare Illustration erfuhr die „gelbe Unabhängigkeit“ auch durch den „ehrlichen Malter“ der Kruppischen Gelben, den Werkbeamten Halbach. Dieser erklärte, die Werkvereine seien Wohlfahrtsvereine, und müsse es rechtlich zulässig sein, daß die Unternehmer den Arbeitern die Beiträge für die gelben Vereine vom Lohne abzögen. Eingeklamert wurde die „gelbe Unabhängigkeit“ aber von dem ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftler und jetzigen Gelben Mündrat-Eisen, der folgendes ausführte:

„Sollten jedoch die konfessionellen Vereine uns (den Gelben. Red.) gegenüber den abzulehnen Standpunkt beibehalten, so richtet sich das auch gegen die Arbeitgeber, wo Werkvereine bestehen. Die konfessionellen Arbeitervereine wissen bei so manchen Gelegenheiten die Tür des Arbeitgebers zu schließen, um dessen Geldmittel in Anspruch zu nehmen. Wenn in Zukunft diese Arbeitgeber die Tür verschlossen halten, so haben sich das die konfessionellen Vereine selbst zuzuschreiben.“

Diese Ansprüche, die sämtlich auf der gelben Tagung fielen (vergleiche H. W. Ztg. Nr. 770) dürften die gelbe „Unabhängigkeit“ zur Genüge widerlegt haben. Die Gelben waren, sind und bleiben eine Unternehmergründung aber keine aufrechte Vertretung der Arbeiter-Interessen, womit sie für ehrlich vorwärtsstrebende und standesbewusste Arbeiter abgetan sind.

Unverkäuflich ist auch, wie Rupp in Augsburg mit dem bekannten Prozeß gegen die „Reichsdeutsche Arbeiterzeitung“ Klammern zu machen suchte. Dieser Prozeß ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Gelben. In ihrer letzten Nr. schreibt die W. A. über den Prozeß noch folgendes:

„Endlich ist der Beleidigungsprozeß, den die neun gelben Bundesvorstandsmitglieder gegen uns angeklagt haben, endgültig erledigt. Bekanntlich wurde in der Sache zuerst am 14. November 1912 vor dem Schöffengericht zu M.-Glabbach verhandelt. Wir wurden zu 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Wir hielten das Urteil für verfehlt und legten Berufung dagegen ein. Darob wurde am 26. März zum zweitenmal verhandelt, und zwar vor dem Landgerichte zu M.-Glabbach. Diesmal wurden wir freigesprochen und den Gelben die Gerichtskosten subidiert. Nun versuchten die Gelben das Urteil umzuwickeln. Sie legten Revision dagegen ein. Ihr Bemühen blieb aber erfolglos; denn das Oberlandesgericht zu Düsseldorf bestätigte am 23. Juni das Urteil der zweiten Instanz. Der einzige Erfolg der Revision ist, daß die Gelben nun noch etwas mehr Gerichtskosten blecken dürfen. Der „Werkverein“ und die andere gelbe und gelbenfreundliche Presse, die sich allesamt über das Urteil der ersten Instanz so freuen — der „Werkverein“ in Eisen hat ja vor Freude sechs Wochen lang auf dem Kopfe gestanden — werden jetzt wohl keine Worte finden können.“

Einen Krach gab es auf der gelben Tagung bei der Beratung eines Antrages der Berliner Werkvereine, nach dem in Zukunft dem Bundesvorstande keine Werkbeamten mehr angehören sollten. Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ (178, 1913) kam es bei der Beratung dieses Antrages „zwischen einem Vorstandsmitglied und den Berliner Vertretern zu einem scharfen Zusammenstoß, worauf die Vertreter des Unterstützungsvereins Siemenswerke Berlin-Charlottenburg die Tagung verließen.“

Ein Ausgleich ist nicht erfolgt. Daß dieser Zwischenfall sehr ernst Natur und für die gelben Akteure ziemlich niederwürdigend sein muß, geht auch aus dem Blättchen der Kruppischen Gelben hervor. Dieses Blatt äußert seine Herabsetzungen gleich in der Einleitung des Stimmungsbildes von der Augsburger Gelbentagung, indem es schreibt:

„Trotz des offenbar guten Willens... ist es am ersten Versammlungstage zu einer bedauerlichen Mißstimmung gekommen, die aber für die Gesamtbewegung harmlos ist und nicht von tiefer und nachteiliger Wirkung sein wird.“ Die Hartnäckigkeit, welche aus diesen Zeilen spricht, ist bezeichnend für die Stimmung der Gelben nach ihrem Augs-

burger Stellschicken. Hinzukommt, daß der bisherige Bundvorsitzende Schönknecht-Berlin von seinen Posten rücktgetreten ist. Da hat der „ehrliche Malter“ der Eisenwerke aber allerhand zu tun bekommen, wofür er sich falls bei der nächstjährigen Verteilung des Ueberflusses etwas reichlicher bedacht werden wird, als im Vorjahre.

Aus Wirtschaft und Technik.

Die Geschäftslage und -Aussichten der deutschen Automobilindustrie

werden vom Verein deutscher Motorfahrzeugindustrieller förmlich demgegenüber dargestellt:

„Auch heute sind noch fast alle deutschen Automobilfabriken sehr gut beschäftigt und müssen sich bemühen, der Nachfrage gerecht zu werden. Auch heute noch müssen die Fabriken teilweise lang: Lieferfrist in Anspruch nehmen. Welches für die Ausbreitung des Kraftfahrzeugs in Deutschland gegeben ist, lehrt ein Vergleich der Bestandsziffern mit anderen Ländern. Am 1. Januar 1912 zählte man in Deutschland rund 70 000 Kraftfahrzeuge, in Frankreich 88 000 und in England 175 000. Demnach kommt in England ein Automobil auf 249 Köpfe, in Frankreich auf 141 Köpfe und in Deutschland erst auf 927 Köpfe, wenn man die Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder zu Grunde legt. Auffällig ist insbesondere die große Differenz gegen England. Da das Bedürfnis in Deutschland bei der zunehmenden gewerblichen Bedeutung des Kraftwagens doch das gleiche ist, wie in England, so ist es auf lange Zeit hinaus mit einer stetig steigenden Nachfrage zu rechnen, was eine gute Beschäftigung der Automobilindustrie auf weite Zeit hinaus garantiert.“

Gerade die deutschen Marken sind im Auslande wegen ihrer Gebiegsheit bei Konstruktion und der Ausführung und wegen ihrer Schnelligkeit und eleganten Ausführung sehr beliebt.

Von europäischen Ländern bezieht Rußland den größten Teil seines Bedarfs von der deutschen Automobil-Industrie. Der Export ist von 7 200 000 im Jahre 1910 auf 13 760 000 Doppelzentner im Jahre 1911 gestiegen. Man kann ruhig sagen, daß in Rußland bei der langsam beginnenden Industrialisierung und bei den großen Anforderungen, welche man für den Wagnbau beabsichtigt, noch ein unabsehbares Absatzfeld gegeben ist.

Was schließlich die Konkurrenz der amerikanischen Wagen in Deutschland angeht, so hat eine von uns veranstaltete Kundfrage ergeben, daß sich diese bisher nicht sehr bemerkbar gemacht hat. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die amerikanischen billigen Wagen in Zukunft sich ein nennenswertes Gebiet in Deutschland erobern werden. Denn der deutsche Automobilist wird lieber einen größeren Anschaffungspreis für den Wagen anlegen, in der Absicht, ihn eine Reihe von Jahren zu fahren, als sich einen billigen amerikanischen Wagen kaufen, welcher eben nicht das gleiche leisten kann. Außerdem sind die Unterhaltungskosten und Betriebskosten des Kraftwagens doch immerhin so erheblich, daß es für den Käufer nicht darauf ankommt, ob er etwas mehr oder weniger für den Anschaffungspreis zahlt. Im übrigen wird sich der Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Marken, wenn es überhaupt zu einem solchen in größerem Umfang kommt, abspielen, wie jeder andere. Wir sind vertraglich bis zum Jahre 1917 Amerika gegenüber an unsere heute geltenden niedrigen Einfuhrzölle für Automobile gebunden. Eine Erhöhung des Schutzzolles ist gänzlich aussichtslos, um so weniger, als die Vereinigten Staaten dabei sind, ihre eigenen hohen Eingangszölle auf Automobile herabzusetzen, obwohl diese aber auch dann noch prohibitiv bei dem in Aussicht genommenen Zollsatz von 30 Prozent des Wertes wirken werden. Der Ruf der deutschen Automobilindustrie und die Finanzierung des größten Teils der Gesamtproduktion ist so ausgezeichnet, daß man einen Kampf, auch mit einem an Zahl so mächtigen Gegner, wie es die amerikanische Automobilindustrie ist, nicht zu fürchten braucht.

Zum Schluß noch der Hinweis darauf, daß gerade in den verflochtenen Zeiten, wo durch die Kriegsgefahr unser Wirtschaftsleben stellenweise erheblich mitgenommen wurde, die Automobil-Industrie Millionenaufträge von den Heeresverwaltungen anderer Länder erhalten hat. Die deutsche Automobilindustrie hat hier gerade den Industrien anderer Länder gegenüber außerordentlich gut abgeschnitten und weitere große Aufträge stehen in der nächsten Zeit zu erwarten. Auch das ist ein günstiges Zeichen für die Aussichten.“

Diese beruhigende Stelle ist also der Meinung, daß die deutsche Automobilindustrie einer guten Zukunft entgegengeht.

Submissionsblüten im Bauhölzergewerbe.

Im Augsburger Bauhölzergewerbe sind jüngst bei Submissionen, wie die „Augsburger Postzeitung“ schreibt, geradezu horrenden Differenzen zu Tage getreten. Zum Beispiel: Für Anschläge der Türen im Samitalkolonnenhaus F 325 betraf sich das Höchstgebot auf 305,10 Mk., das niedrigste auf 219,80 Mk. In Anbetracht des an sich sehr kleinen Arbeitsauftrages jedenfalls eine sehr erhebliche Differenz! Das Los 2 am gleichen Bau — Anschläge der Schublore — zettelte noch größeren Abstand: Höchstgebot 1510 Mk., niedrigste gebot 677 Mk. (!) Preisunterschied 833 Mk.! Bei einer anderen Arbeitsvergebung handelt es sich um ein Baustück in der Artilleriekaserne. Hier betraf sich das Höchstgebot auf 10 226 Mk., das niedrigste auf 7009 Mark.

Das sind Preisunterschiede, die nicht nur Anlaß zum Kopfschütteln, sondern von ganz ungewöhnlichen Zuständen Zeugnis geben. Solche Dinge müssen unter allen Umständen der Behörden, wenn nicht das ganze Gewerbe Gefahr laufen soll.

Von den Kartellen und Syndikaten.

Der Verband der europäischen Emailierwerke wurde in Breslau am 24. Juni um dreieinhalb Jahre bis zum 31. Dezember 1916 verlängert. Weil die Lage in den Staaten am Balkan und die Verletzung des internationalen Geldmarktes gewisse Einschränkungen der Ausfuhr herbeiführte, wurde von einer Erhöhung der bisherigen angeblich im Verhältnis zu den Herstellungskosten mäßigen Verkaufspreisen abgesehen.

Die deutschen Messingwerke haben sich zu einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossen; diese Vereinigung, welche als eingetragener Verein gebildet wurde, bezweckt die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialpolitischen und technischen Interessen deutscher Messinggewerbetreibender und wird ihren Sitz in Köln haben. Zum Vorsitzenden wurde

Generaldirektor Wilhelm Knauff, in Firma Wasse und Selbe, Ulten (Weiß), gewählt.

Der Verband deutscher Metallwerke hat sich aufgelöst. Er ist fünfzehnjährig in Wirklichkeit gewesen und wurde von 30 Werken geleitet. Der gesamte Umsatz belief sich jährlich auf rund 21 Millionen Mark.

Geschäftsergebnisse.

Die Maschinenfabrik Ernst Kalbach in Düsseldorf erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre nach 194 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 210 000 Mk., davon gelangen 140 000 Mk. als 8 Proz. Dividende zur Verteilung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Neheim. In der vorletzten Nummer unseres Verbandsorgans brachten wir verschiedene Betriebsverhältnisse der Aluminiumfabrik F. W. Bröckmann zur Sprache, deren Erörterung anscheinend der Betriebsleitung genannter Firma recht unangenehm war.

Neheim. Die Metallarbeiter der Firma F. W. Bröckmann, Aluminiumfabrik, stehen wegen Lohnreduzierung im Streit. Jeder Zug, auch von ungelerten Arbeitern, ist fernzuhalten.

Zug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. Juli, der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. Juli bis 19. Juli 1913 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Weiherhammer. Der Schlosser R. hatte sich bei einer Streitigkeit mit dem Arbeiter M. eine dreiwöchentliche Erwerbsunfähigkeit zugezogen. Die Krankenkasse verweigerte R. das Krankengeld mit der Begründung, daß er die Schlägerei verschuldet habe.

R. machte nun seinen Anspruch bei der Kasse nochmals geltend. Da er Mitglied unseres Verbandes ist, übertrug er die Sache unserem Kollegen Heilig-Umberg.

Am 5. Mai 1913 fand am Verwaltungsgerichtshof in München eine Verhandlung statt. Der Gerichtshof verwarf die Berufung der Krankenkasse.

In der Urteilsbegründung des R. Verwaltungsgerichtshof III. Senat heißt es wie folgt:

„Zur Anwendbarkeit des § 26a Ziff. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes und des hiermit übereinstimmenden § 12 Abs. 2 des Maschinenstatutes genügt jedoch die Beteiligung an Schlägereien oder Raufhändeln nicht, es muß vielmehr eine schuldhafte Beteiligung an solchen Vorkommnissen vorliegen.“

Nach fast anderthalb Jahren ist also R. durch unsern Verband zu seinem Rechte gekommen. Dieser Streikfall zeigt aber auch so recht, daß es einem Arbeiter heute durchweg fast unmöglich ist, solche Sachen durchzusetzen.

Düsseldorf. Wie die aus den Büros des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes stammenden Verichtigungen zu bemerken sind, kann an einigen recht lehrreichen Fällen von hier nachgewiesen werden. In der zur Verfügung stehenden örtlichen Presse hatten wir behauptet, daß bei der einseitig inszenierten, völlig ergebnislosen Bewegung auf den Derendorfer Werken der Rheinischen Metallwarenfabrik einem gemäßigteren Mitgliede des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die ihm zustehende Unterstützung verweigert worden sei.

Das bloße wörtliche Äußerungen, welche einem Rassenmitglied eine Körperverletzung eintragen, zur Entziehung des Krankengeldes nicht berechtigen, ist auch in Rechtslehre und Rechtsprechung anerkannt (vgl. Dahn, Krankenversicherungs-Gesetz, 6. Auflage S. 99., auch Entsch. d. Bad. Verw.-Ger.-Hofes vom 21. September 1912, Reg. Entsch. Bd. 33, S. 266 und Arb.-Verh. Bd. 30, S. 336).

Hierzu, was, wie geschehen zu entscheiden und war mit Rücksicht auf die Sachfälligkeit der Beschwerdeführerin dieser auch die Kosten des Verfahrens dieses Rechtszuges zur Last zu legen. Usw. usw.“

Nach fast anderthalb Jahren ist also R. durch unsern Verband zu seinem Rechte gekommen. Dieser Streikfall zeigt aber auch so recht, daß es einem Arbeiter heute durchweg fast unmöglich ist, solche Sachen durchzusetzen.

Die Arbeiter der Drahtwerke Rheuania stehen wegen Lohnhöherungen im Streit. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rheuania stehen wegen Lohnhöherungen im Streit. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rheuania stehen wegen Lohnhöherungen im Streit.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Bremen. Die Klemperer stehen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrags im Streit. Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rheuania stehen die Arbeiter im Streit.

Beverungen a. d. W. Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Rose stehen wegen Lohnhöherungen im Streit.

Enskirchen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rheuania stehen wegen Lohnhöherungen im Streit. Breslau. Die Untergestellbauer der Waggonfabrik Eintr.-Hoffmann stehen im Streit, das ganze Werk ist gesperrt.

Indung der Bildener Affäre und des ungewerkschaftlichen Verhaltens gegen die „Katione“ aus den Reihen der Gewerkschaftssozialisten zusammengefasst worden, um zu untersuchen, wenn die Schuld an all diesen Vorgängen zuzuschreiben ist. Warten wir ab, ob es nicht doch noch gelingt, deren Verhältnisse zur Durchführung zu bringen.

Eine dritte „Verichtigung“ sandte der Solinger Beamte Rapp des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ein. Er versuchte den Beweis anzutreten, daß 120 Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Rautenbach-Solingen ohne Unterstützung ihrer Organisation, 15 Wochen lang „wild“ gestreikt hätten, um zur bedingungslosen Abbrechung des Kampfes die Unterstützung ihrer Organisation zu erhalten.

Dieser Mann überlegte sich selbst mit seiner „Verichtigung“. Der Beweis hierfür wird durch folgendes Schriftstück erbracht, das in der sozialdemokratischen „Bergischen Arbeiterstimme“ vom 8. Februar abgedruckt ist. Es lautet: „Zum Streik bei der Firma Rautenbach erklärt der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Solingen, folgenden Aufruf: Solingen, den 7. Februar 1913.“

Veranlaßt durch fortgesetzte Lohnabzüge und Schikanierung der Kollegen, sowie Bräskierung der Organisation sind die Aluminiumformer der Firma Rudolf Rautenbach in Solingen in den Streik eingetreten. Wir teilen Ihnen dieses hierdurch mit und ersuchen Sie, Zug von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen fernzuhalten. Die Firma hat sich bereits mit der berühmten Färberkolonne (Färber war früher Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und hat den Streikbruch dort gelernt. D. E.) in Verbindung gesetzt.

Somit sind „fortgesetzte Lohnabzüge und Schikanierung der Kollegen, sowie Bräskierung der Organisation“ die Ursachen dieses Kampfes gewesen. Alles wohl berechtigte Ursachen, denen vor der Arbeitsniederlegung, wie wiederum die „Bergische Arbeiterstimme“ in der Nr. vom 1. Februar mitteilt: „Die Organisation ist nun dazu übergegangen, eine mit der Firma getroffene Vereinbarung zu kündigen.“

auch die letzten Schritte vorausgegangen sind, um den Unternehmers zur Einkehr zu bewegen. Trotzdem wird in der „Metallarbeiterzeitung“ erst von der Nr. 11 an die Sperre wegen Differenzen und erst von der Nr. 21 an die Sperre wegen Streik verhängt, während in unserem Verbandsorgan die Sperre wegen Streik bereits in der Nr. 9 zu finden ist. Das ist eine geradezu sonderbare Handlungsweise einer Organisation, welche die „konsequente“ und „alleinige“ Vertretung der Arbeiterinteressen in Erbpacht gekommen haben will.

Aus diesen Schriftstücken des Herrn Rapp ist ferner zu entnehmen, daß der Herr Rapp in einem von beiden die Unwahrheit gesagt hat. Niemand wird ihm nach dieser Leistung glauben, daß es sich um einen „wilden Streik“ gehandelt hat. Seine zweite Behauptung, „in den anderen Gießereien sei keine Streikarbeit hergestellt worden“, erhält eine eigene Bestätigung durch folgende Ausführungen im „Stahlgewerkschaftsblatt“ (eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes). Dieser schreibt in Nr. 24, 1913:

„Anderer Gießereien des Solinger Industriebezirks stellen Streikarbeit her für die Firma Rautenbach und es waren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes selbst, die daran arbeiten mußten...“ Wir wissen nur, daß sich Former eines Betriebes nach 14 Tage vor der bedingungslosen Streikaushebung mit der Hoffnung getragen haben, sich mit ihren Kollegen bei der Firma Rautenbach solidarisch erklären zu können, nach einer stattgefundenen Versammlung aber nichts mehr verlangen ließen.“

Wir haben nun in den folgenden Nummern des „Stahlgewerkschaftsblattes“, der, das wollen wir ausdrücklich vermerken, in Solingen selbst erscheint, keine „Verichtigung“ dieser Angaben gefunden. Dagegen fanden wir in der Nr. 26, 1913 eine Bekräftigung der vorstehenden Angaben durch folgende Ausführungen:

„Höchst überflüssigweise muß die „Bergische Arbeiterstimme“ auch namens der Ortsverwaltung erklären, von der Herstellung von Streikarbeit sei dieser nichts bekannt gewesen, und für den einen Betrieb habe man zwar Vermutungen gehegt, aber keinen Einfluß gehabt. Unseres Wissens sind aber gerade die Former dieses Betriebes seit Jahren ausnahmslos im Metallarbeiterverband organisiert und die in den anderen Betrieben hergestellte Streikarbeit ist so offenkundig gewesen, daß es schwer zu verstehen ist, wie es möglich war, daß sie der Verwaltung verborgen bleiben konnte.“

Somit bleibt von der „Verichtigung“ des Herrn Rapp-Solingen genau soviel übrig, wie von der „Verichtigung“ seiner beiden hiesigen Genossen. Es ist ein Mißbrauch des Pressegesetzes und ein neuer Beweis für die sozialdemokratische Ansicht, daß die Verichtigungen überhaupt nicht wahr zu sein brauchen.

Unsere Kollegen jedoch nicht dies Material ein Beweis sein, wie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die berechtigten Interessen der eigenen Verbandsmitglieder mit Füßen getreten werden, um einer Ausperrung aus dem Wege zu geben. Daher stellt diese Organisation auch soviel Gelbes. Sollen doch allein auf dem Derendorfer Werke der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, wo früher mit 13-1400 roten Verbandsmitgliedern gearbeitet wurde, über 1000 gelbrote Werkereiner vorhanden sein; der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dagegen ist mit so wenig Mitgliedern noch vertreten, daß den wenigen Vertrauensleuten jede Angabe über die Mitgliederzahlen verweigert werden wird. Wir fordern nun die hiesige Verwaltung des sozialdemokratischen

Metallarbeiterverbandes nach diesen bitteren Lehren ihre Ausbesserungsbestrebungen unseres Verbandes unterlassen? Wir werden es abwarten, und jederzeit gerüstet dastehen.

Clausihal. I. S. In Nr. 23 unseres Verbandsorgans besprachen wir verschiedene Dinge, die sich im Betriebe der Firma Buhle und Co. unliebsam bemerkbar machten. Das ist den in Frage kommenden Beamten sehr unangenehm gewesen, denn am 21. Juni wurden 3 Mitglieder unseres Verbandes wegen angeblich ungenügender Arbeitsleistung entlassen. Nach der ganzen Sachlage nehmen unsere Kollegen aber an, daß die Entlassung darauf zurückzuführen sei, weil sie sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen hatten und zum anderen, weil besagter Artikel in unserem Organ veröffentlicht worden ist.

Um eine Klärung der Situation herbeizuführen, wurde von unserer Bezirksleitung eine öffentliche Versammlung auf den 27. Juni nach Clausihal einberufen. In dieser Versammlung hatte die Direktion einen Vertreter aus Berlin entsandt, Amtliche Betriebsbeamte waren anwesend, und auch der Landtagsabgeordnete, Vergesslor Spinzig-Clausihal. Nach einer Darstellung des Sachverhalts durch Kollegen Buchner meldete sich Meister Scharn und bemerkte, daß der Zeitungsartikel wahre Tatsachen enthalte habe. Die geringsten Mißstände seien aber abgeändert worden, das habe die Firma schon länger geplant, deshalb hätten aber die Arbeiter keine Ursache gehabt, sich an den Verband zu wenden. Im übrigen gäbe der Zeitungsartikel dieser Art der Firma Veranlassung, die Arbeitsordnung schärfer zu handhaben. Wegen der Zugehörigkeit der Arbeiter zum christlichen Metallarbeiter-Verband seien die Leute nicht entlassen worden, sondern wegen mangelhafter Arbeitsleistung. Einer der Entlassenen habe auch einer Arbeiterin 200 Kerne mehr angeschrieben, wie diese hergestellt habe, auch das sei ein Entlassungsgrund mit gewesen.

Abgeordneter Vergesslor Spinzig nahm dann das Wort und dankte für die freundliche Begrüßung und bemerkte weiter, daß er es von seinem Standpunkte aus bedauern würde, wenn ein Arbeitgeber christlich-nationale Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung entlassen würde. Die Organisation der Arbeiter sei nicht aufzulösen, daher sei es geradezu Pflicht aller national gesinnten Kreise, die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern.

Kollege S., einer der Entlassenen, bestritt, daß er der Arbeiterin mehr Kerne angeschrieben, wie sie selber angegeben habe, im übrigen habe Meister Scharn auch die Kerne nachgezählt, und hätte die angegebenen Stückzahl gestimmt.

Nunmehr nahm Meister Scharn noch einmal das Wort und erklärte, ihm sei es ganz egal, wie die Arbeiter organisiert resp. gegliedert seien, ob sozialdemokratisch oder christlich, seinesthalb könnten sie auch Anarchisten sein, wenn sie ihm nur die Arbeit verrichteten. Er habe einem der Kollegen wiederholt gesagt: „Lassen Sie die Finger von der Organisation, Sie verbrennen sich die Finger dabei.“

Nach diesen Ausführungen stellte der Versammlungsleiter fest, daß daraus mit aller Deutlichkeit das Bestreben hervorleuchte, den christlichen Metallarbeiter-Verband in dem Betriebe nicht hochkommen zu lassen. Das sei um so unverständlicher, als man doch den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern keine Schwierigkeiten in den Weg lege.

Herr Abgeordneter Spinzig bedauerte ebenfalls diese Ausführungen des Meisters Scharn und wider sprach dessen Auffassung, daß es den Beamten einerlei sein müsse, wie die Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch sich betätigten. Abgeordneter Spinzig regte eine Verständigung an, um die Sache aus der Welt zu schaffen.

Kollege Buchner bemerkte dazu, daß auch die Arbeiter einer Verständigung nicht abgeneigt seien, aber ob es ratsam sei, daß die entlassenen Kollegen wieder in den Betrieb zurückgingen, bezweifelte er, denn an ein friedliches Zusammenarbeiten könne unter diesen Umständen wohl nicht gedacht werden. Vor allen Dingen wurde aber eine Zulage dahin verlangt, daß keine Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiter-Verband weiterhin entlassen würden, wenn sie im übrigen ihre Arbeit verrichteten, was auch von den Beamten und dem anwesenden Vertreter der Firma aus Berlin zugesagt wurde. Damit war ja der Zweck der Versammlung erreicht, weiteren Entlassungen Einhalt zu tun.

Die maßgebenden Beamten der Firma Buhle u. Comp. in Clausihal werden zu der Einsicht gekommen sein, daß die Arbeiter, die dem christlichen Metallarbeiter-Verband angehören, nicht vogelfrei sind, sondern jederzeit einen starken Rückhalt am christlichen Metallarbeiter-Verband finden.

Darum müssen die Kollegen mit aller Kraft an der weiteren Stärkung und Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes arbeiten, bis auch der letzte Metallarbeiter und Hüttenmann unserer Organisation angehört.

Guskrühen. Seit dem 26. Juni stehen die Arbeiter des Drahtwerkes Rhenanania im Streik. Sie wünschen eine allgemeine Erhöhung der Löhne und bei einzelnen Geweben eine Gleichstellung der Preise. Bisher war es üblich, daß ein Arbeiter für dieselbe Arbeit einen höheren Preis erhielt, als die übrigen Arbeiter. Diese Ungerechtigkeit sollte durch einen Einheitspreis beseitigt werden. Weiter wurde die 58-stündige Arbeitszeit pro Woche gefordert, bisher arbeitete die Tagelohn 58 und die Nachtlohn 63 1/2 Stunden, also durchschnittlich jede Schicht 60 3/4 Stunden pro Woche.

Nach mehrmaligen Verhandeln der Kommission sowie der Verbandsvertreter wurden einige Zugeständnisse gemacht. Auf Glasgewebe 4 wollte die Firma jedoch unter keinen Umständen Erhöhungen eintreten lassen. Diese Sorte ist aber für die Arbeiter deswegen gerade von größter Bedeutung, weil daran im Dezember 1911 ein Abzug gemacht wurde und derselbe nunmehr rückgängig gemacht werden sollte. Als das nicht gelang, kündigten sämtliche Arbeiter auf und legten am 26. Juni die Arbeit nieder. Die Direktion glaubte, es sei nicht ratsam, eine allgemeine Kündigung einzureichen, wenn der Direktor nicht anwesend sei und hielt den Arbeitern für jeden Tag der Kündigungszeit eine Kontraktbruchstrafe ein. Mittlerweile muß wohl der Firma das Ungeheuerliche ihrer Handlungsweise klar geworden sein. Sie teilte den Arbeitern am Tage der Gerichtsverhandlung mit, sie sollten sich den rückständigen Lohn holen.

Um die Arbeiter klein zu kriegen, veranlaßte die Firma am Tage vor der Arbeitsniederlegung an die Arbeitgeber von Guskrühen folgende schwarze Liste:

B. W.

Wie uns bekannt wird, beabsichtigen unsere Arbeiter morgen geschlossen in den Ausstand zu treten, nachdem wir

ihre unerfüllbaren, höchgeschraubten Forderungen, ca. 35 Prozent des heutigen Lohnes, zurückweisen mußten. Was unserseits irgendwie zu tun möglich war, den Streik zu verhindern, ist geschehen.

Untenstehend verzeichnen wir die Arbeiter, die in den Ausstand treten wollten und zugleich den durchschnittlichen Lohn, den die Arbeiter in der Arbeitszeit von Oktober 1912 bis Ende Mai 1913 bei uns verdient haben. — Wir bitten dringend, keinen dieser Arbeiter anzustellen, zu gleichen Diensten in ähnlichen Fällen erklären wir uns stets bereit.

Hochachtung!

Drahtwerk Rhenanania G. m. b. H.

Bönsgen u. Comp.

Es folgen die Namen und Verdienste der Arbeiter. Die Behauptung der Firma, sie habe alles getan, was möglich war, um den Streik zu verhindern, ist unzutreffend. Die zwischen den Forderungen der Arbeiter und den jetzt bezahlten Preisen war zu überbrücken, wenn die Firma etwas Entgegenkommen gezeigt hätte. Die Hauptdifferenzpunkte bestanden im Glasgewebe 4. Es wurde pro Quadratmeter, Breite 80—90, 3 Pfg. gezahlt, gefordert wurde 3,5 Pfg., macht 16,66 Prozent; 90—100 bezahlt 2,8 Pfg., gefordert 3 Pfg., 7,14 Prozent; 100—115 breit bezahlt 2,65 Pfg., gefordert 2,8 Pfg., 5,66 Prozent; 115—130 breit bezahlt 2,4 Pfg., gefordert 2,65 Pfg., macht 10,41 Prozent; 130—145 breit wird bezahlt 2,25 Pfg., gefordert 2,40 Pfg., also 6,66 Prozent; 145—200 breit bezahlt 2 Pfg., gefordert 2,25 Pfg., macht 12,50 Prozent.

Wie nun die Firma angesichts dieser Sachlage von einer 35prozentigen Lohnerhöhung reden kann, ist nicht verständlich. Es bestanden noch weitere einige Differenzpunkte bei Glasgeweben, welche auch hätten behoben werden können, wenn nur die Leitung des Betriebes darüber hätte mit sich reden lassen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Firma jederzeit den Frieden haben kann, wenn sie will. Die Arbeiter sind vor wie nach zu Verhandlungen bereit. Nur möge die Firma dies nicht zu lange hinaus schieben, weil sonst vielleicht ihre besten Arbeiter abgerufen sind.

Dortmund. 30. Juni. Wie sich die „Freien“ Gewerkschaften als Förderer antireligiöser Bestrebungen gebrauchen lassen, davon gibt nachstehendes Rundschreiben Zeugnis:

Düsseldorf, Mai 1913.

An die

Vorstände der Freien Gewerkschaften!

Den geehrten Vorständen teile ich hierdurch mit, daß ich seit dem 1. April d. Js. als Sprecher und Jugendlehrer der Freireligiösen Gemeinde in Düsseldorf angestellt bin. Als solcher bin ich berechtigt, auf sämtlichen Friedhöfen Reden zu halten. Ich bitte, den Mitgliedern davon Kenntnis zu geben, zunächst in Versammlungen, dann besonders bei Anmeldung von Sterbefällen. Gesuche sind möglichst früh an mich zu richten, nötigenfalls telegraphisch (mit bezahlter Rückantwort). Weitere mündliche oder schriftliche Angaben sind erwünscht.

Die Gebühren betragen für die Mitglieder des Verbandes und deren Angehörige in Düsseldorf 10 Mark, auswärts 15 Mark nebst Reisegeld 3. Klasse.

Desgleichen bin ich bereit, zum Ersatz für kirchliche Taufen, Trauungen, Konfirmationen, Ansprachen bei Feiern der Geburt von Kindern, bei Eheschließungen und Jugendfeiern zu halten.

(An den Sonnabend-Nachmittagen bin ich von 3—5 Uhr in Düsseldorf mit Jugend-Unterricht beschäftigt, mittwochs nachmittags 3—5 Uhr in Köln, Sonntags nachmittags von 10—12 Uhr in Hagen. In den Schulferien findet der Unterricht nicht statt.)

Ferner mache ich die geehrten Vorstände darauf aufmerksam, daß ich, wie in meinem früheren Wirkungskreise, gern bereit bin, öffentlich oder in den Gewerkschaften wissenschaftliche Vorträge zu halten über Stoffe aus den Gebieten der Naturwissenschaft, Weltanschauung, Geschichte, Kultur- und Religionsgeschichte, Jugendberziehung u. a. Wünsche in Bezug auf die Wahl des Themas sind willkommen und werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Honorar nach Uebereinkunft.

Hochachtung

Dr. Georg Kramer,

Düsseldorf, Sommerstraße 22, 3. Stage.

Der Absender kennt die freien Gewerkschaften. Um den Neutralitätsrummel nicht zu fördern, soll „zunächst nur in Versammlungen und bei Anmeldung von Sterbefällen“ auf seine wertvolle Persönlichkeit hingewiesen werden. Es empfiehlt sich, dieses „Kulturdokument“ zu den Akten zu legen und wenn die Gewerkschaften wieder mit ihrer Neutralität hausieren gehen, entsprechend zu verorten. Dasselbe beweist wiederum, daß die freien Gewerkschaften sich als ein Glied zur Bekämpfung des Christentums betrachten, denn ohne deren Einverständnis wäre der Absender kaum in der Lage gewesen, die Verbindung des Rundschreibens zu bewerkstelligen. Die schon oft aufgeworfene Frage: Kann ein gläubiger katholischer oder evangelischer Arbeiter Mitglied einer „freien“ Gewerkschaft sein, muß auf Grund dieses neuen Beweisstückes der religionswissenschaftlichen Untersuchungen mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden.

Briefkasten

S. W. in Hamm. Für gewöhnlich geben wir solche Auskünfte nicht, doch sei einmal eine Ausnahme gemacht. Das Zeichen bedeutet: Verminderte Sehkraft.
Nach Werd. In der Sterbenanzeige fehlt Sterbetag und Alter des verstorbenen Kollegen, teile uns dieses umgehend mit.

Sterbetafel.

Leipzig. Am 27. Juni starb unser früherer Vorstandsmitglied der Kollege D. Moritz, Schlosser, an einer Blinddarmentzündung im Alter von 26 Jahren.
Hogheim. Der Mitbegründer unserer Ortsgruppe, der Kollege B. Schwarz, Eisenhobler, starb am 28. Juni im Alter von 48 Jahren an Lungentzündung.
Hamm. Unser Kollege H. Potthoff ist am 30. Juni im Alter von 48 Jahren tödlich verunglückt.
Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Veränmt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 12. Juli.

- Bremen.** Abends 8.30 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wühlhüterstr.
- Berlin-Nord.** Abends 8.30 Uhr bei Ehlstedt, Süstienstr. 4-5
- Schwenitz.** Abends 8.30 Uhr im „Freiwilligen Hof“, Braubaustr. 1.
- Düsseldorf-Verderf.** Abends 9 Uhr bei Eberling, Ecke Mühl- und Barbassstraße, Meierstr. Kollege Reuter.
- Gienach.** Abends 8.30 Uhr im Weinmännchen Hof.
- Gießen-Süd- und Wagenschmiede.** Abends 9 Uhr in der „Wühlhüterstr.“, Hofstr. 19.
- Gießen-Nord-Edelweiss.** Abends 8.30 Uhr bei Klejnerhagen.
- Gießen-Kettwina.** Abends 8.45 bei Nachmiller.
- Gießen-Verden.** Abends 8.45 Uhr bei Burgmann.
- Samborn.** Abends 8.30 Uhr im Wilmers Gesellschaftshaus, Kolonnenstr. 17.
- Köln-Gumbelshof.** Abends 8.30 Uhr bei Süß, Wühlhüterstr. 17.
- Köln-Groenfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Wittmann, Reuterstr. 17.
- Köln-Industrie.** Abends 8.30 Uhr bei Sadtler, Reuterstr. 17.
- Ludwigshafen.** Abends 8.30 Uhr im Gesellschaftshaus, Wühlhüterstr. 17.
- Lützenheim.** Abends 8.30 Uhr bei E. Flemer, Wühlhüterstr. 17.
- München-Cyberverwaltung.** Abends 8 Uhr im Hofe des Leihhofs, Seneferstraße 11.
- Neheim I. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr im Gesellschaftshaus.
- Sollingen-Saun.** Abends 8.30 Uhr bei Kraußel.
- Stuttgart-Ludwigshagen-Jugendliche.** Abends 7 Uhr bei Kraußel.
- Stuttgart-Außenbauern.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Stuttgart-Feuerbach.** Am Vofale zum gold. Fische, Stütgenstr. 17.
- Stütgenstr.** Abends 8.30 Uhr bei W. Lange.
- Wülzburg.** Abends 8 Uhr im Hofe des Rinken-Hofmann, Herrenstr.

Sonntag, den 13. Juli.

- Brensbura.** Morgens 11 Uhr bei Gethoff.
- Brühl.** Morgens 10.30 Uhr bei Griesberg.
- Greifswald.** Morgens 11 Uhr in der Reichshalle.
- Greifswald.** Morgens 10.30 Uhr bei Reitz an der Kirche.
- Danzig.** Mittags 2 Uhr im Hofe des Hofes.
- Dortmund-Schwerde.** Vorm. 11 Uhr bei Korber, Wühlhüterstr. 17.
- Dortmund-Löwen.** Vorm. 11 Uhr bei Meißner.
- Dortmund-Rerne.** Nachm. 4 Uhr bei Teckeborn.
- Düsseldorf-Eiser.** Vorm. 11 Uhr bei Snelrecht, Gumbelstr. 120.
- Düsseldorf-Unterath.** Vorm. 11 Uhr bei Reuter, Wühlhüterstr. 17.
- Düsseldorf.** Nachm. 3.30 Uhr findet in Eisers Gartenhof (b. an der Rheinstraße zu Düsseldorf-Saun) das Sommer der Verwaltungsstelle statt. Judentum im allseitigen Weillert erörtern, bemerken wir, daß unter Fest bei jeder Witterung gehalten werden kann. Eintrittskarten sind durch die Entlassung und Vertrauensmänner zu haben.
- Gienach.** Vorm. 11 Uhr im Stütgenhof.
- Gießen-Jugendklasse der Oberverwaltung.** Nachm. 5 Uhr im Hofe des Hofes.
- Gießen-Altendorf.** Vorm. 11 Uhr bei Erlupe.
- Gießen-Mittelscheid.** Vorm. 11 Uhr bei Breneckamp.
- Samborn.** Nachm. 3 Uhr im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 17.
- Neheim.** Morgens 11 Uhr bei Plebeler.
- Neheim-Jugendklasse.** Nachm. 4 Uhr im Gesellschaftshaus.
- M. Gladbach.** Vorm. 11 Uhr bei Moden, Marktstr. 17.
- Mülheim-Nuhr.** Morgens 11 Uhr bei Ecker, Friedentisch.
- Mülheim-Straum.** Morgens 11 Uhr bei Jos. Beck, Wühlhüterstr. 17.
- Überbau (Rhd.).** Vorm. 11 Uhr bei Reimerting.
- Hottenburg a. N.** Vorm. 10 Uhr im Engel.
- Stranburg.** Vorm. 10.30 Uhr im „Mühlener Hof“.
- Stuth.** Morgens 11 Uhr bei Dier.
- Kanten.** Vorm. 11 Uhr bei Romberg.

Montag, den 14. Juli.

- Grevenbroich.** Gleich nach Feierabend im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. Das Erscheinen aller Verbandskollegen ist unbedingt erforderlich.

Dienstag, den 15. Juli.

- Danzig-Schiedlich.** Abends 8 Uhr bei Meitz in Emaus.
- Altenberg.** Abends 8.30 Uhr Verwaltungs- und Vertrauensmännerversammlung im Gesellschaftshaus.

Mittwoch, den 16. Juli.

- Bremen.** Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsenerstr. 1.
- Düsseldorf-Verderf.** Abends 8.30 Uhr bei Hüben, Greifelderstraße.
- Gienach.** Abends 8.30 Uhr im Weinmännchen Hof.
- Heiligenhaus.** Abends 8.30 Uhr bei Klippensbusch, Hauptstraße.

Donnerstag, den 17. Juli.

- Danzig-Oliva.** Abends 8 Uhr im Berelshaus.
- Rorsheim.** Abends 7.30 im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 20.

Freitag, den 18. Juli.

- Danzig-Neufahrwasser.** Abends 8 Uhr im Hofe des Hofes.
- Düsseldorf-Verderf.** Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.

Sonntag, den 19. Juli.

- Baiken.** Abends 8.30 Uhr im Altherhofe.
- Dortmund 2.** Abends 8.30 Uhr Kleinfors, Düsenerstr. 1.
- Dortmund-Seln.** Abends 6.30 Uhr bei Waut.
- Düsseldorf-Wilfriedrichhof.** Abends 9 Uhr bei Menges, Ecke Kronenstr. und Wühlhüterstr.
- Düsseldorf-Wilden.** Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser Wilhelm-Platz.
- Elpe-Deilern.** Abends 8.30 Uhr bei W. Keller, am Kaiser Friedrich Denkmal.
- Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffftr. 7.
- Hagen-Gilbe.** Abends 8.30 Uhr bei Keller.
- Hannover-Wülfel.** Abends 8.30 Uhr bei Bergh in Döhren, Helene-Str. 16.
- Köln.** Abends 8.30 Uhr bei Thomas, Wühlhüterstr. 17.
- Köln-Deum.** Abends 8.30 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstr. 19.
- Köln-Kalk.** Abends 8.30 Uhr bei Köpferberg, Breiterstr. 14.
- Milpe.** Abends 8.30 Uhr bei E. Hofenbach, Wühlhüterstr. 17.
- Neheim.** Abends 8 Uhr in der Jakobierstraße.
- Stuttgart-Cannstadt.** Abends 8.30 Uhr im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 17.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstr. 3.

Sonntag, den 20. Juli.

- Berlin-Oberschneidende.** Morgens 11.30 Uhr bei Meisch.
- Beleerheide.** Vorm. 11 Uhr bei Gennemann, Karlschhof.
- Danzig-Joppot.** Morgens 11 Uhr im Joppoter Hof.
- Dortmund-Witten.** Vorm. 10.30 Uhr im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 17.
- Duisburg-Beck.** Vorm. 11 Uhr bei Zimmer, Kaiserstraße.
- Duisburg-Neudorf.** Vorm. 11 Uhr bei Schrörs, Düsenerstr. 17.
- Düsseldorf-Neu.** Vorm. 11 Uhr bei Hof, Wühlhüterstr. 17.
- Düsseldorf-Geresheim.** Vorm. 11 Uhr in Steinmanns Wühlhüterstraße.
- Düsseldorf-Rath.** Vorm. 11 Uhr bei Kretzinger, Rother Kreuz.
- Düsseldorf-Widerich.** Nachm. 5 Uhr im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 17.
- Düsseldorf-Slingern.** Vorm. 11 Uhr bei Bosien, Goffelstraße.
- Gelienkirchen-Schalke.** Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Hagen-Wetter.** Morgens 11 Uhr im Hofe des Hofes, Wühlhüterstr. 17.
- Köln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Georg Hagender, Hauptstraße.
- Millingen.** Nachm. 4.30 Uhr bei Böler, öffentliche Versammlung.
- Ofer.** Abends 8.30 Uhr bei E. Beck, Berichterstatterin von der Arbeitskonferenz und Vortrag. Die Mitgliedsbücher sind Kontrolle mitzubringen.
- Wehringhausen.** Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Langestraße.

Adressen-Veränderungen.

- Karlruhe.** Der Kassierer Kollege Anton Bechtold wohnt jetzt Karlruhe alle 92 in Karlruhe-Mühlburg. Erwerbslosenunterstützung wird nur Samstags abends von 6.30—8 Uhr ausbezahlt.
- Gienach.** Der Kassierer Kollege Rudolf Wöhr ist jetzt Wöhringhausen. Unterstützung wird ausbezahlt mittags von 12—1 und abends von 6—8 Uhr.